

Das Erbe des Bauhauses und der WCHUTEMAS

Gerhard Franke

Das Bauhaus und die faschistische Kulturreaktion

Vor reichlich fünfzig Jahren, am 30. Januar 1933, wurde auf Drängen rechtskonservativer Kreise, vor allem aber der Vertreter der Schwerindustrie, der Hochfinanz und der Generalität, Hitler zum Reichskanzler ernannt und so dem Faschismus die Macht in Deutschland übertragen.

Damit begann jene „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“¹, wie der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale den Klassencharakter der faschistischen Herrschaft definierte, die bei gleichzeitiger Verfolgung von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderer antifaschistisch-demokratischer Kräfte, Zerschlagung der Gewerkschaften und weiterer Organisationen der Arbeiterklasse, sofort begann, auch „den Geist gleichzuschalten“.

Marxistische und nichtmarxistische, aber demokratische Schriftsteller und Publizisten, Künstler und Wissenschaftler wurden verfolgt, in Zuchthäuser oder Konzentrationslager geworfen. Viele reihten sich ein in die Front des antifaschistischen Widerstandskampfes, andere gingen ins Exil und kämpften von dort gegen Faschismus und Krieg.

Vor fünfzig Jahren wurde auch das Bauhaus von den Faschisten geschlossen. Wir wissen, daß Konservatismus und Faschismus von Anfang an Gegner des Bauhauses waren, daß ehemalige Studenten und Lehrer dieser Hochschule in den zwölf Jahren der Herrschaft des faschistischen deutschen Imperialismus das Schicksal Tausender antifaschistisch-demokratischer Geistesschaffender teilten. Auch im Kampf gegen das Bauhaus, so kann man in der Tat heute schlußfolgern, ging die faschistische Kulturreaktion nahezu stabsmäßig vor. Es ist deshalb erforderlich, im folgenden die Aufmerksamkeit auf die Chronologie der Ereignisse zu lenken.

War es 1932 dem deutschen Monopolkapital noch nicht gelungen, eine faschistische Reichsregierung zu etablieren, so sind doch in diesem Jahr in Städten und Ländern regelrechte Vorposten des Faschismus entstanden. Zu diesen Vorposten gehörte zweifellos die am 27. August 1932 in Weimar eingesetzte faschistische Landesregierung Thüringens mit dem berüchtigten Nazi-Gauleiter Sauckel an der Spitze.² Ein solcher Vorposten des deutschen Faschismus war aber auch die reichlich drei Monate früher, am 17. Mai 1932 in Anhalt zustandgekommene faschistische Freyberg-Regierung.³

Mit Blick auf die Historie des Bauhauses Weimar und Dessau könnte man wohl meinen: Ein Stück Ironie der Geschichte!

Wie sah 1932 das politisch-parlamentarische Kräfteverhältnis in Dessau aus: Der Dessauer Gemeinderat setzte sich wie folgt zusammen:

4 Magistratsmitglieder, das waren der Oberbürgermeister, der Bürgermeister und 2 Stadträte;

36 Stadtverordnete, das waren 15 Vertreter der faschistischen Partei, 5 weitere Rechtsradikale, 12 Mitglieder der SPD und 4 Mitglieder der KPD.⁴

In der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Dessau am 21. Januar 1932 versuchte die Fraktion der Faschisten ihren ersten Frontalangriff gegen das Bauhaus. Schlagzeilen wie „Die nationalsozialistische Fraktion hat sich entschlossen, den

Abbruch der Zementkiste zu beantragen...“; oder „Das Bauhaus entlastet die Stadt wirklich nur dann, wenn es abgebrochen wird.“⁵ beherrschten schon seit Anfang Januar 1932 die bürgerliche Presse.

Der Stadtverordnete Hofman von der faschistischen Fraktion brachte folgenden Antrag ein: „Der Gemeinderat wolle beschließen: Sämtliche für irgendwelche Zwecke des Bauhauses angesetzten Gelder, eingeschlossen also die Gehälter für Lehrkräfte und Bedienstete, sind ab 1. April 1932 zu streichen. Der Abbruch des Bauhauses ist in die Wege zu leiten, worüber Finanz- und Bauausschuß sofort die notwendigen Maßnahmen zu beschließen haben... Die Studentenschaft ist schon heute auf die Schließung des Bauhauses am 1. April 1932 hinzuweisen.“⁶

Es folgten zwei Abstimmungen. Der Antrag auf Abbruch des Bauhauses wurde mit 25 Stimmen gegen die 15 Stimmen der Faschisten abgelehnt. Danach stimmte der Gemeinderat über den Antrag des KPD-Abgeordneten Paul Kmiec zum ersten Teil des Antrages der Faschisten (Streichung der Gelder für das Bauhaus) ab. Im Namen der Kommunisten hatte Kmiec gefordert, die Abstimmung dazu zu vertagen. Mit 20 gegen 19 Stimmen wurde der Antrag der Fraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands angenommen.⁷

Noch einmal war der Vorstoß der Faschisten gegen das Bauhaus Dessau abgewehrt worden.

Die konservative „Anhalter Woche“ kommentierte bissig die Abstimmungsniederlage der Rechten: „Noch einmal hatte die Linke insofern Glück, als sie eine Stimme Mehrheit aufbrachte...“⁸

Aus der Geschichte ist bekannt, daß die Papen-Regierung der Wegbereiter der faschistischen Diktatur in Deutschland war und die Regierung des Generals Schleicher in den Monaten Dezember 1932 und Januar 1933 unmittelbar den Machtantritt der Faschisten vorbereitete. Diese Vorbereitungen aber gingen einher mit einem zunehmenden Terror der Faschisten gegen die Arbeiterklasse, ihre Parteien und Massenorganisationen; aber auch gegen die demokratischen Geistesschaffenden in Deutschland. Wie in Thüringen und anderen sogenannten Hochburgen des Faschismus, terrorisierten auch in Anhalt und besonders in Dessau die Schlägerkolonnen der SA die antifaschistisch-demokratischen Kräfte, auch die Angehörigen des Bauhauses.⁹

Im Kampf der Faschisten und anderen Rechtskräfte gegen antifaschistische, demokratische Geistesschaffende, so auch gegen Lehrende und Studenten des Bauhauses, spielten die unwissenschaftlichen, menschenverachtenden, verlogenen und antisowjetischen Thesen vom „Kulturbolschewismus“ eine besondere Rolle.

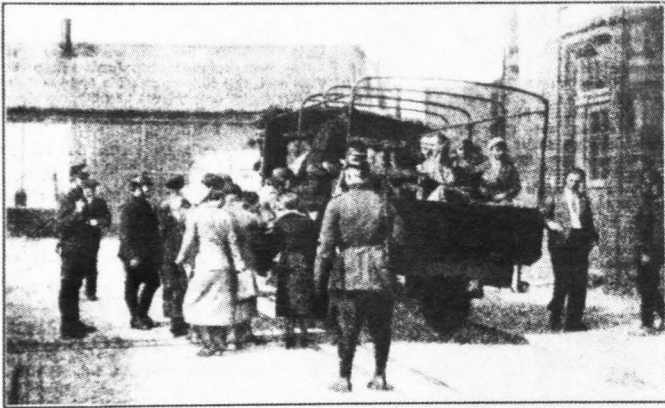
Dazu ein Beispiel: Einer der Verfechter dieser reaktionären Auffassungen, der zugleich versuchte, diesen einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben und zugleich sozialistischer Kulturpolitik antihumanistische Ziele unterstellte, war ein gewisser Hutten. So schrieb er bereits Anfang der 30er Jahre: „Der Kulturbolschewismus will die Zersetzung unserer bisherigen Kultur und ihre Neuformung in dem Sinn, daß sie rein dem Erdenglück der Menschen dient. Er ist also im Grunde

Hausfuchung im „Bauhaus Steglitz“

Kommunistisches Material gefunden.

Auf Veranlassung der Dessauer Staatsanwaltschaft wurde gestern nachmittag eine größere Aktion im „Bauhaus Steglitz“, dem früheren Dessauer Bauhaus, in der Vielbuschstraße in Steglitz durchgeführt. Von einem Aufgebot Schu-

war jedoch verschwunden, und man vermutete, daß sie von der Bauhausleitung mit nach Berlin genommen worden waren. Die Dessauer Staatsanwaltschaft setzte sich jetzt mit der Berliner Polizei in Verbindung und bat um Durch-



Alle Anwesenden, die sich nicht ausweisen konnten, wurden zur Feststellung ihrer Personalien ins Polizeipräsidium gebracht.

polizei und Hilfspolizisten wurde das Grundstück befestigt und systematisch durchsucht. Mehrere Kisten mit illegalen Druckschriften wurden beschlagnahmt. Die Aktion stand unter Leitung von Polizeimajor Schmohl.

Das „Bauhaus Dessau“ war vor etwa Jahresfrist nach Berlin übergesiedelt. Damals waren bereits von der Dessauer Polizei zahlreiche verbotene Schriften beschlagnahmt worden. Ein Teil der von der Polizei verfolgten Kisten

suchung des Gebäudes. Das Bauhaus, das früher unter Leitung von Professor Gropius stand, der sich jetzt in Ausland aufhält, hat in einer leerstehenden Fabrikhalle in der Vielbuschstraße in Steglitz Quartier genommen. Der augenblickliche Leiter hat es aber vor wenigen Tagen vorgezogen, nach Paris überzusiedeln. Bei der gestrigen Hausfuchung wurde zahlreiche illegales Propagandamaterial der KPD. gefunden und beschlagnahmt.

1 Berliner Lokal-Anzeiger, Morgenausgabe, Nr. 1973 vom 12. 4. 1933

nichts anderes als Kulturmurder, Kulturrevolution. Damit ist er immer zugleich auch der Schrittmacher des politischen Bolschewismus.“¹⁰

Zur Erläuterung fügte er weiter hinzu, daß der „Kulturbolschewismus“ der Moral ein Ende setze, die klassische Literatur abschaffe, die Idee des Vaterlandes verwerfe, die proletarische Lebenshaltung mit Gewalt durchsetzen wolle, der kommunistische Mensch ein „technisierter Mensch“ sei, der keine Kultur habe, so „wie in Rußland“.¹¹ Es wäre sicher an dieser Stelle müßig, sich eingehend mit solchen Auffassungen der Kulturreaktion auseinanderzusetzen, Auffassungen, die eine marxistisch-leninistische Kulturpolitik total verfälschen. Man darf jedoch nicht übersehen, und die Geschichte des Bauhauses Weimar und Dessau beweist das, daß diese reaktionären Anschauungen bereits im vorkommunistischen Deutschland zum Teil Staatspolitik waren. Die Regierungserklärung des bereits erwähnten Kanzlers des sogenannten „Kabinetts der nationalen Konzentration“, Franz von Papen, enthielt beispielsweise folgende Passage: „Der ... moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unseligen, gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die beste sittliche Grundlage der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden.“¹²

Kommunisten und andere antifaschistische Demokraten, auch solche vom Bauhaus wie Hannes Meyer und seine Mitstreiter, polemisierten in vielfältiger Weise gegen eine solche Verfälschung und Diffamierung marxistisch-leninistischer Politik allgemein und Kulturpolitik im besonderen.

Als Reaktion auf diese Regierungserklärung und speziell den genannten Teil schrieb die „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung“ (AIZ), daß kommunistische Kulturpolitik „... allerdings nichts mit Notverordnungen, mit Hitlerei, mit Steuerfreiheit für Millionäre und Lohnabbau für Arbeiter zu tun“ hat; sondern „... in Wirklichkeit Arbeit, Brot und Freiheit für alle Werktätigen!“ bringt. Die „AIZ“ erklärt weiter in ihrem Artikel mit

DER ROTE STUDENT

Jahrgang 1
Nummer 1

November 1930

20 Pfg

ZUR EINFÜHRUNG

Die wachsende Faschisierung der Hochschulen und zugleich das Erstarken der Bewegung der freisozialistischen Studenten hat das Bedürfnis nach einer Zeitschrift wachgerufen.

„DER ROTE STUDENT“

will dieser Forderung gerecht werden; wir hoffen auf die Mitarbeit aller Studenten, um so den „Roten Studenten“ zum Organ der breiten Studentmassen zu machen, die hier eine revolutionäre Kampfbasis finden werden.

Die Redaktion des R.S.

Herausgegeben vom Reichsverband freier sozialistischer Studenten • Berlin C 25, Münzstraße Nr. 24

2 Ab November 1930 erschien die revolutionäre Zeitschrift DER ROTE STUDENT

der Überschrift „Kulturbolschewismus“, daß eben marxistisch-leninistische Kulturpolitik ist, „... wenn ein Arbeiter- und Bauernstaat wie die Sowjetunion die Schwindsuchtsbaracken der Zarenzeit niederreißt und an ihre Stelle gesunde, helle Wohnungen für die Werktätigen errichtet.“¹³

Uns ist bekannt, daß gerade in diesem Sinne, im Geist des proletarischen Internationalismus auch deutsche Bauarbeiter, Bauingenieure und Architekten in der Sowjetunion wirkten. Es sei nochmals betont: Geprägt durch die Auffassungen vom „Kulturbolschewismus“ hat die Kulturreaktion in Deutschland den Kampf gegen das Bauhaus geführt, von Weimar über Dessau bis Berlin-Steglitz!

Im Juli 1932 bereiteten die Faschisten den letzten Schlag gegen das Bauhaus Dessau vor. Der wohlwollenden Haltung aller Exekutiven von Dessau bis Berlin konnten sie gewiß sein. In Berlin regierte die Papen-Regierung, in Anhalt die faschistische Freyberg-Regierung und durch die Entfernung der Magistratsmitglieder Insels von der SPD und Lührs von der DDP aus ihren Ämtern, sowie durch die Einsetzung zweier Faschisten erreichten im August 1932 auch im Gemeinderat Dessau die Rechtskräfte die Mehrheit.

Noch am 8. Juli 1932 fand in Begleitung des Dessauer Oberbürgermeisters und des Direktors Mies van der Rohe eine Besichtigung des Bauhauses durch den anhaltischen faschistischen Ministerpräsidenten Freyberg, den Stadtverordnetenvorsteher Hofmann und den Stadtverordneten Sommer statt. Zweifellos kann man diesen Fakt angesichts der komplizierten politischen Situation als von vornherein zum Scheitern verurteilten Versuch werten, die regierenden Faschisten in Anhalt und der Stadt Dessau umzustimmen.

In der „Anhaltischen Tageszeitung“, dem Presseorgan der Faschisten, schrieb Hofmann, daß sich die Fraktion der NSDAP „einen Einblick schaffen“ wollte, da ja die „Bauhausfrage“ bei den künftigen Etatsberatungen die größte Rolle spielen würde. Gleichzeitig kündigte er schon die Gesamtabkehrung des Haushalts an.

Weiter schrieb der faschistische Stadtverordnetenvorsteher Hofmann: „Die nationalsozialistischen Vertreter hatten zu dieser Besichtigung Herrn Professor Schultze-Naumburg gebeten, der auch daran teilnahm und mit seiner großen künstlerischen Erfahrung den Vertretern der NSDAP zur Seite stand“. Hofmann schloß seinen Artikel mit der Bemerkung: „Mit dem Verschwinden dieser sogenannten ‚Hochschule für Gestaltung‘ wird eine der markantesten Stätten jüdisch-marxistischen ‚Kunst‘-Willens von deutscher Erde verschwinden. Möge bald der gänzliche Abbruch folgen ...“.¹⁴

Wie sich Oberbürgermeister Hesse erinnerte, hatte Schultze-Naumburg, was nicht anders zu erwarten war, als einer der erbittertsten Gegner des Bauhauses gegenüber der faschistischen Prominenz ein völlig negatives Gutachten für das Bauhaus abgegeben.¹⁵ Damit war im Grunde das Schicksal des Bauhauses besiegelt. Die entscheidende Gemeinderatssitzung der Stadt Dessau fand am 22. August 1932 statt. Zur Abstimmung standen die Anträge der faschistischen Fraktion auf

- Einstellung des Lehrbetriebes per 1. Oktober 1932 und
- Entlassung aller Lehrkräfte des Bauhauses.

Mit den 20 Stimmen des Rechtsblocks, gegen die 4 Stimmen der KPD-Fraktion und die Stimme des Oberbürgermeisters, sowie bei Stimmenenthaltung der SPD-Fraktion, wurden die Anträge des Faschisten angenommen.¹⁶

Die „Anhalter Woche“, die immer mehr zur Sprecherin der faschistischen Kulturreaktion geworden war, kommentierte wenige Tage später ganz im Stil nazistischer Kulturbarbarei unter der Überschrift „Das Dessauer Bombenattentat“: „... es ist zwar etwas passiert, es ist auch etwas explodiert, aber die Ladung war verbogener Kulturbolschewismus.“¹⁷

Eine recht zwielichtige Erklärung zu ihrer Position bei der Bauhaus-Abstimmung im Dessauer Gemeinderat veröffentlichte die SPD-Fraktion am 23. August 1932.¹⁸ Einen Tag später rechtfertigte der ehemalige Stadtrat und SPD-Funktionär Sinsel die verräterische Haltung seiner Fraktion gegenüber dem Bauhaus wie folgt: „Die sachliche Berechtigung der Forderung nach äußerster Einschränkung auch der Ausgaben für kulturelle Zwecke sowohl als auch zwingend gebotene parteitaktische Rücksichten mußten die Sozialdemokratie zu anderer Überlegung bringen. Ihre Bereitschaft, die Verantwortung für das Bauhaus weiter noch zu tragen, konnte nur noch eine bedingte derart sein, daß sie für alle Parteien volle Beteiligung an der Verantwortung für die Erhaltung des Bauhauses forderte. Auf der rechten Seite des Gemeinderates bestand, wie bekannt, nicht die geringste Geneigtheit, der sozialdemokratischen Forderung zu entsprechen.“¹⁹

Das Bauhaus mußte Dessau verlassen und Mies van der Rohe versuchte, es als Privatinstitut fortzuführen.

Die Übersiedlung des Bauhauses nach Berlin war begleitet von viel Hoffnung, daß dies gelingen möge, aber auch von Illusionen. Die Positionen dazu, wie sie die Monopolpresse veröffentlichte, waren recht unterschiedlich. Es gab Zustimmung, mehr noch Ablehnung oder abwartende Haltungen. Zwei Beispiele mögen das verdeutlichen. „Eine Chance für Berlin“, so überschrieb bereits am 23. August 1932 das „Berliner Tageblatt“ einen Artikel. „Berlin muß die Existenz des Bauhauses retten“, heißt es weiter, und an anderer Stelle: „Eine Verlegung des Bauhauses nach Berlin würde eine Belebung des Kunstlebens in der Reichshauptstadt bedeuten.“²⁰ Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ dagegen wählte am 24. August 1932 in einer Stellungnahme zur Bauhaus-Übersiedlung die Überschrift „Wir verzichten! Der Bauhausbankrott ist kein Geschäft für Berlin.“²¹

Das Blatt der Großbourgeoisie diskreditierte die Leistungen des Bauhauses und beschimpfte die gesellschaftlichen Kräfte, die eine Fortführung seiner Arbeit in Forschung und Lehre in Berlin-Steglitz unterstützten. Andere Blätter wiederum „mahnten zur Vorsicht“. In den folgenden Monaten setzten

konservative und faschistische Kräfte und ihre Presse die Hetze gegen progressive Geistesschaffende, gegen Künstler und Architekten fort, zielgerichtet auch gegen das Bauhaus! Die Faschisten hatten inzwischen die Macht im Staate. Die antifaschistische Einheitsfront der Arbeiterklasse und aller Demokraten, die das hätte verhindern können, war trotz intensiver Bemühungen der Kommunisten unter der Führung Ernst Thälmanns nicht zustande gekommen!

Um dieses zielgerichtete Vorgehen des Faschismus gegen progressive Künstler, auch solche vom Bauhaus, zu veranschaulichen, macht es sich erforderlich, einen Teil der faschistischen Presse zu zitieren und den Blick auf dort genannte Persönlichkeiten zu lenken. Am 25. Februar 1933 veröffentlichte der „Völkische Beobachter“, das zentrale Presseorgan der faschistischen Partei, einen großangelegten Artikel unter der bezeichnenden Überschrift „Unsere Generalabrechnung wird fortgesetzt: Vom deutschen Kunstreich jüdischer Nation.“ In nationalistisch-chauvinistischem und antisemitischem Stil heißt es dann: „Es ist immerhin nicht ganz unauffällig, daß unter den prominenten Namen dieser Richtung (gemeint sind die kulturpolitischen und künstlerischen Auffassungen des Bauhauses sowie die Bewegung des neuen Bauens – G. F.) fast keine Deutschen zu finden sind ...: Der Russe Kandinsky, der Deutsch-Amerikaner Lyonel Feininger, der Ungar Moholy-Nagy, der russische Jude und Kommunist El Lissitzky, weiter Schawinski, Lou Scheeper, Kuhr, die Kommunisten Peri und Rodschenko ...“. An anderer Stelle: „Man will die Persönlichkeit im Menschen ertönen, man will Kollektivismus, denn das Hochziel dieser Schöpfer ist der Marxismus, der Kommunismus. So sind die Großstadtschemata eines Hilbersheimer oder Le Corbusier ganz folgerichtig projektierte neuer Sowjetarchitektur verwandt.“²²

In den folgenden Ausführungen der Faschisten werden Walter Gropius, Ernst May, Haesler und Hilberseimer beschimpft und diffamiert. In weiteren Veröffentlichungen des „Völkischen Beobachter“, wie beispielsweise der Wiedergabe eines Vortrages von Alexander von Sengers unter dem Titel „Architektur und Revolution“, wird progressives Architekturschaffen als „kulturbolschewistisch“ abgewertet und unter antisowjetischen Verleumdungen verurteilt.²³

In der Tat ging am 5. April 1933 die Zeitung des sogenannten „Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda“, Goebbels, „Der Angriff“, die demagogisch noch den Untertitel „Für die Unterdrückten – gegen die Ausbeuter“ trug, zum unmittelbaren Angriff gegen progressives Architekturschaffen und Bauhaus über. Einen jungen faschistischen Architekten läßt man u. a. folgendes schreiben: „Klein ist die Zahl der jungen Architekten, die unbekümmert um die Meinung der sogenannten ‚Fachpresse‘ und im Gegensatz zu der neuen Lehre, die von den Kathedern der Akademien und Technischen Hochschulen verkündet wurde, den Kampf gegen die Internationalisierung und für eine deutsche Baukunst führten. Klein ist die Zahl derer, die auf verlorenem Posten stehend den aussichtslos scheinenden Kampf, auf der einen Seite gegen die Vertreter der internationalen Laubhüttenarchitektur, auf der anderen Seite gegen die verkalkten Verteidiger eines kranken Spießbürgertums weiter kämpften und nicht verzweifeln.“

Doch dieser Kampf wird kein vergeblicher gewesen sein. Die Verbreiter der bolschewistischen Irrlehren, die eine ganze Generation des deutschen Architektennachwuchses vergiftet haben, können endlich entfernt werden.“ Es klingt schon sehr nach faschistischer „Blut-und-Bodenpolitik“, ist ebenfalls Nationalismus und erneut Diffamierung progressiven Architekturschaffens, wenn weiter ausgeführt wird: „Jetzt ist die Stunde gekommen, die in dieser Zeit entstandenen Entwürfe Zeugnis dafür ablegen zu lassen, daß mit heiligem Ernst an der Wiedererneuerung einer wirklich deutschen, boden- und traditionsgebundenen Baukunst gearbeitet worden ist, und daß wir es nicht nötig haben, diejenigen die junge deutsche

Architektur repräsentieren zu lassen und denen die Heranbildung des Architektennachwuchses anzuvertrauen, deren einziges Können darin bestand, daß sie es immer meisterhaft verstanden haben, sich der jeweiligen Zeitströmung anzupassen.“

Knapp eine Woche nach Erscheinen dieses Artikels wurde am 11. April 1933 auf Veranlassung der Dessauer Staatsanwaltschaft das Bauhaus in Berlin-Steglitz von faschistischer Polizei und SA-Hilfspolizisten besetzt, durchsucht und geschlossen.²⁵

Bedenkt man die Vorgeschichte der Schließung des Bauhauses in Dessau und die Entschlossenheit Mies van der Rohe, jegliche politische Betätigung am Bauhaus zu unterbinden, so ist es doch höchst zweifelhaft, daß man in Steglitz, wie es heißt „zahlreiches illegales Propagandamaterial der KPD“ gefunden habe. Sicher ist aber, daß die Faschisten wie bei zahlreichen anderen Aktionen gegen antifaschistisch-demokratische Kräfte dieses Scheinargument auch bei der letzten Aktion gegen das Bauhaus nutzten; oder aber willkürlich beliebige Materialien des Bauhauses zu solchen der KPD erklärt haben.

Das Gebäude der ehemaligen Telefonfabrik wurde versiegelt, an eine Fortführung der Arbeit des Bauhauses war nicht mehr zu denken. Einen Tag nach der Durchsuchung und Schließung des Bauhauses verhandelte Mies van der Rohe noch mit dem „Kulturpolitiker“ und neben Goebbels wirkenden Hauptvertreter der faschistischen Kulturreaktion, Alfred Rosenberg, in der Hoffnung, die Bauhausarbeit fortführen zu können.²⁶

Diese Hoffnung des Bauhausdirektors sollte sich jedoch nicht erfüllen.

Am 20. Juli 1933 teilte Mies van der Rohe der Geheimen Staatspolizei in der Prinz-Albrecht-Straße mit, „daß das Lehrerkollegium des Bauhauses sich in einer gestern stattgefundenen Sitzung gezwungen gesehen hat, in Anbetracht der durch die Stilllegung des Hauses eingetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten das Bauhaus aufzulösen.“²⁷

Offensichtlich hatte sich diese Mitteilung mit einem „streng vertraulichen“ Schreiben der faschistischen Gestapo an Mies van der Rohe vom 21. Juli 1933 gekreuzt. In diesem Schreiben teilte die Gestapo die Bedingungen mit, von deren Erfüllung die Wiedereröffnung des Bauhauses abhängig gemacht wurde.²⁸

Es waren unannehmbare Bedingungen, Forderungen im Sinne einer faschistischen „Gleichschaltung des Geistes“, einer prinzipiell faschistischen Ausrichtung des Bauhauses.

Im Juli 1933 hörte so das Bauhaus auf zu existieren; knapp zehn Wochen nach der Bücherverbrennung auf dem Berliner Opernplatz – ein Opfer der faschistischen Kulturarbeit, des faschistischen deutschen Imperialismus!

Angesichts des 50. Jahrestages des Zustandekommens der faschistischen Diktatur in Deutschland, angesichts des Tagungsortes des 3. Internationalen Bauhaus-Kolloquiums, der Stadt der deutschen Klassik, aber auch des brutalen faschistischen Terrors und des heldenhaften Widerstandskampfes des anderen Deutschland in Weimar-Buchenwald, eines aufopferungsvollen Kampfes, an dem zahlreiche Bauhäusler aktiv

teilgenommen haben; zugleich eingedenk der Geschichte des Bauhauses, ist es angebracht, sich an Friedrich Schillers Antrittsvorlesung an der Universität Jena im Revolutionsjahr 1789 zu erinnern. Hier sagte er: „Es ist wohl keiner unter Ihnen allen, dem Geschichte nicht etwas wichtiges zu sagen hätte; alle so verschiedenen Bahnen Ihrer künftigen Bestimmung verknüpfen sich irgendwo mit derselben; aber Eine Bestimmung theilen Sie alle auf gleiche Weise mit einander, diejenige, welche Sie auf die Welt mitbrachten – sich als Menschen auszubilden – und zu den Menschen eben redet die Geschichte.“²⁹

Anmerkungen

- 1 *Pieck, Wilhelm; Dimitroff, Georgi; Togliatti, Palmiro*: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus; Erste Auflage, Berlin 1957, S. 87
- 2 Geschichte der Stadt Weimar; Weimar 1976, S. 571
- 3 Vgl. *Ulla Jablonowski*, Zum 50. Jahrestag der Ermordung des Antifaschisten Wilhelm Feuerherdt; in: Dessauer Kalender 1982, S. 4
- 4 Vgl. *Hans M. Wingler*, Das Bauhaus 1919–1933, Weimar – Dessau – Berlin; Verlag Gebr. Rasch & Co., Bramsche, 1962
- 5 Anhalter Woche, Nr. 4 vom 24. 1. 1932
- 6 Vgl. *Hans M. Wingler*, a. a. O.
- 7 Vgl. Volksblatt für Anhalt, Nr. 18 vom 22. 1. 1932 und Anhalter Woche, Nr. 6 vom 7. 2. 1932
- 8 Anhalter Woche, Nr. 6 vom 7. 2. 1932
- 9 Vgl. *Ulla Jablonowski*, a. a. O.
- 10 *Dr. Kurt Hutten*, Kulturbolschewismus; Stuttgart 1931, S. 3
- 11 Ebenda, S. 3 ff.
- 12 AIZ, Nr. 26/1932, S. 612–613
- 13 Ebenda, S. 613
- 14 Anhaltische Tageszeitung, Dessau, vom 10. 7. 1932
- 15 Vgl. *Fritz Hesse*, Von der Residenz zur Bauhausstadt, Selbstverlag, o. J., S. 251–252
- 16 Vgl. Anhalter Woche, Nr. 35 vom 28. 8. 1932
- 17 Anhalter Woche, Nr. 38 vom 18. 9. 1932
- 18 Vgl. Volksblatt für Anhalt, Nr. 197 vom 23. 8. 1932
- 19 Volksblatt für Anhalt, Nr. 198 vom 24. 8. 1932
- 20 Berliner Tageblatt, vom 23. 8. 1932
- 21 Berliner Lokal-Anzeiger, vom 24. 8. 1932
- 22 Völkischer Beobachter, Berliner Ausgabe, Nr. 55 vom 25. 2. 1933
- 23 Vgl. ebenda, Nr. 59 vom 28. 2. 1932
- 24 Der Angriff, Berlin, Nr. 81 vom 5. 4. 1933
- 25 Vgl. Berliner Lokal-Anzeiger, Morgenausgabe, Nr. 173 vom 12. 4. 1933
- 26 Vgl. *Hans M. Wingler*, a. a. O., S. 194
- 27 Ebenda, S. 195
- 28 Ebenda, S. 196
- 29 *Schiller*, Neudruck der akademischen Antrittsrede von 1789, herausgegeben von der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1959, S. 4